

Zum Haushalt 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

am heutigen Tag legen Ihnen der Kämmerer und der Bürgermeister den sechsten doppischen Haushalt der Gemeinde Nottuln vor. In guter Tradition möchte ich diesen Anlass nutzen, um mit ein paar Bemerkungen eine Standortbestimmung zu versuchen.

In den vergangenen Jahren habe ich das auch so gehalten. In diesem Jahr füge ich eine Bemerkung zum Rollenverständnis hinzu.

Es ist so: der Kämmerer hat diesen Haushaltsplanentwurf erstellt, gemeinsam mit dem gesamten Team, das ihn dabei unterstützt hat. Der Kämmerer trägt die Verantwortung für die Zahlen in diesem Zahlenwerk.

Politisch eingebracht aber, und aus besonderem Grund stelle ich das heute zum ersten Mal heraus, eingebracht wird der Haushalt vom Bürgermeister. Ich betone das deshalb so nachdrücklich, weil die Aufstellung des Haushaltes von bisher in diesem Umfang nicht gekannten Herausforderungen geprägt war, und weil es ferner die Aufgabe des Bürgermeisters ist, die politische Verantwortung für den Haushaltsplanentwurf zu übernehmen.

Auch Ihnen, den Damen und Herren Mitglieder des Rates der Gemeinde Nottuln, auch Ihnen ist eine Rolle von hoher Verantwortung zugewiesen; ich werde gegen Ende der heutigen Ausführungen darauf noch einmal zu sprechen kommen.

Es wird Zeit.

Es wird höchste Zeit.

Es wird höchste Zeit, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen im Umgang mit der kommunalen Finanzwirtschaft.

Ich knüpfe dabei an vorangegangene Haushaltsreden an, in denen ich die Vorzüge des doppischen Haushaltes gegenüber dem kameralistischen Haushalt dargestellt habe. Die folgenden Sätze habe ich in den vergangenen Jahren mehrfach wörtlich wie folgt vorgetragen:

- „Es kann festgestellt werden, dass der Wechsel von der kameralen zur doppischen Darstellung ein wichtiger Schritt war. Insbesondere gilt: die Ressourcen-Bewirtschaftung wird ehrlich und transparent dargestellt.“
- „Diese Ressourcenbewirtschaftung stellt sich auch im kommenden Jahr als Ressourcenverbrauch dar. Die Erträge reichen nicht aus, um den Aufwand zu finanzieren. Nottuln lebt weiterhin von seiner Substanz. Es ist einer der Vorteile der Doppik, dass es über diesen Sachverhalt kein Missverständnis geben kann.“

Diese Sätze also stammen aus früheren Haushaltsreden, und ich kann sie wörtlich in den Text des heutigen Vortrages übernehmen - sie gelten weiterhin unverändert.

Und genau an dieser Stelle muss der anfangs geforderte Paradigmenwechsel ansetzen.

Die Verantwortlichen in der Gemeinde Nottuln, also der Rat und die Verwaltung, sind miteinander aufgerufen, diesem Ressourcenverbrauch, diesem Substanzverzehr, ein Ende zu setzen.

In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern höre ich immer wieder:

- Nicht nur tatkräftig reden, sondern endlich tatkräftig handeln!
- Keine Bewirtschaftung auf der Basis von Substanzverlust und Verschuldung!
- Einzug der Langfristigkeit in das politische Handeln!

Unser Problem ist denkbar banal. Die Erträge der Gemeinde Nottuln reichen nicht aus, um den Aufwand zu finanzieren. Wir stehen einem Fehlbetrag von fast 4,6 Millionen Euro gegenüber.

Aber ich habe eine politische Vorstellung.

Meine politische Absicht ist, die Substanz der Gemeinde Nottuln zu erhalten. Am Ende der laufenden Ratsperiode soll dem nachfolgenden Gemeinderat eine Gemeinde Nottuln übergeben werden, die den gleichen Wert aufweist, mit dem dieser Rat die Gemeinde übernommen hat.

In Daten ausgedrückt: Die Substanz der Gemeinde soll am 31. Dezember 2014 nicht niedriger sein als am 31. Dezember 2009.

Das ist die Herausforderung. Nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.

Wir müssen aufhören, auf Kosten derjenigen zu wirtschaften, die nach uns kommen. Und wir müssen heute damit aufhören, nicht erst morgen oder übermorgen. -

Wir stehen, wie schon gesagt, einer Deckungslücke von fast 4,6 Millionen Euro gegenüber. Der unmittelbar naheliegende Weg zur Schließung dieser Lücke ist zunächst natürlich die Untersuchung der Ausgabenseite. Es ist sehr aufschlussreich, wie sich in den vergangenen Jahren die Ausgabenseite entwickelt hat. Der Kämmerer wird in seinem anschließenden Vortrag hierzu ein paar aussagekräftige Bemerkungen machen.

Deshalb von mir hier nur zwei Bemerkungen:

Zum Satz „*dann muss eben an den Personalkosten eingespart werden*“ kann ich hier nur ausführen:

Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2010 überschreitet in seiner Summe die gesamten Personalkosten der Gemeinde deutlich. Die Personalkosten sind seit einiger Zeit auf stabiler Höhe festgelegt und sollen auch noch einige Jahre stabil bleiben. Im interkommunalen Vergleich rangieren die Pro-Kopf-Personalkosten auf einem der niedrigsten Ränge.

Nottuln verfügt über eine leistungsstarke Kommunalverwaltung. Mit einer unterdurchschnittlichen Personalausstattung wird nach meiner Bewertung Überdurchschnittliches geleistet. Und gerade in eine Haushaltsrede gehört der Satz: Ich bin gleichermaßen stolz und glücklich, dieser Gemeindeverwaltung vorstehen zu dürfen!

Dann folgt in der Regel in den Gesprächen der Satz: „Einsparen kann man immer noch irgendwo.“

Ja, dieser Satz entspricht der Lebenserfahrung.

Ich meine aber, eine Kürzung beispielsweise der ohnehin schon unerträglich niedrigen Vereinsunterstützungen für deren Jugendarbeit würde aufgrund der Höhe des Betrages uns der Lösung unseres Problems nicht näherbringen - aber einen nicht wieder gut zu machenden Schaden verursachen.

Oder eine Kürzung der ohnehin schon knappen Ansätze im Themenfeld „Bildung“? Das kann doch niemand ernsthaft fordern.

Oder eine Kürzung im Themenfeld „offene Jugendarbeit“? Das wäre eine marginale Einsparung, die uns in Kürze vielfältig teuer zu stehen käme.

Aus meiner Sicht steht ausgabenseitig kein sinnvolles Kürzungspotential zur Verfügung. Und nur am Rande bemerkt: Ohnehin ist der größte Teil der Ausgaben durch Vorgaben festgelegt, die nicht im Einflussbereich der Gemeinde liegen.

Es folgt der Blick auf die Einnahmenseite.

Nach meiner Bewertung hat die Gemeinde Nottuln kein Ausgabenproblem, - der Kämmerer wird Ihnen das überzeugend vor Augen führen -, sondern ein Einnahmenproblem. Von den wesentlichen Einnahmepositionen sind die Zuweisungen aus der Einkommensteuer und die sogenannten Schlüsselzuweisungen von der Gemeinde nicht zu beeinflussen. Gebührenhaushalte, - als Beispiel nenne ich die Gebühren für die Abfallentsorgung -, sind in sich gebunden, das heißt, die Gemeinde darf über sie weder Gewinne noch Verluste erwirtschaften.

Verbleiben an relevanten Positionen

- die Gewerbesteuer,
- die Grundsteuer A für den Bereich der Landwirtschaft, und
- die Grundsteuer B.

Nach den vorangegangenen Diskussionen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Gesprächen wird es niemand verwundern, wenn in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf eine massive Erhöhung der Grundsteuer B vorgeschlagen wird.

Zunächst zwei Bemerkungen zur Gewerbesteuer und zur Grundsteuer A.

Wir alle wissen um die aktuelle wirtschaftliche Lage. Ich darf feststellen, dass in Nottuln eine nicht geringe Anzahl von erfreulich erfolgreichen Betrieben tätig ist. In einer ganzen Reihe von Firmenbesuchen habe ich gesehen, dass mit großer Verantwortung gegenüber der Belegschaft gearbeitet wird. Firmeninhaber sind sich, so ist mein Eindruck, gerade in diesen schwierigen Zeiten ihrer Verantwortung für die Menschen bewusst und handeln auch danach.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wäre ein katastrophales Signal in dieser Situation und zu einem Zeitpunkt, an dem wir vorsichtige Signale einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu sehen glauben. Viele Betriebe sind situationsbedingt zurückhaltend mit Investitionen. Gerade diese sind aber nötig, um einen Aufschwung zu beschleunigen. Und da sollten wir die Gewerbesteuer erhöhen?

Darüber hinaus muss zur Kenntnis genommen werden, dass Nottuln mehr als Wohnstandort geprägt ist, denn als Gewerbestandort. Auch vom Volumen her ist die Gewerbesteuer aus meiner Sicht ungeeignet, um durch eine Erhöhung die Probleme des gemeindlichen Haushaltes zu lösen.

Ähnlich bewerte ich die Grundsteuer A. Sie besteuert genau diejenigen Flächen, auf denen die Landwirte das pflegen und bearbeiten, was wir so glücklich die münsterländische Parklandschaft nennen. Die landwirtschaftlichen Flächen sind die Grundlage für die Arbeit und für die Erträge eines Berufsstandes, der ohnehin extrem gebeutelt wird. Und wie bei der Gewerbesteuer gilt für die Grundsteuer A in noch stärkerem Maß, dass sie auch aufgrund ihres Volumens nicht geeignet ist, die Probleme der Kommune zu lösen.

Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf wird also eine Erhöhung der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer nicht vorgeschlagen. Falls Sie, die Mitglieder des Rates, sich im Lauf der Beratungen aus grundsätzlichen Überlegungen entschließen möchten, auch diese Steuern anzugreifen, so sollte das allenfalls im Rahmen eines symbolischen Betrages liegen.

So bleibt also nur eine Position, welche von ihrem Volumen her geeignet ist, einen Lösungsansatz zu geben, und welche ferner auch im Einflussbereich der Kommune liegt.

Ich schlage Ihnen heute vor, die Grundsteuer B zu erhöhen. Und das nicht nur geringfügig, sondern in einem wirklich erheblichen Umfang.

Ich gebe zu, es ist, - wie mir ein Bürger dieser Tage schrieb -, ein „verwegener“ Ansatz. Aber ich halte ihn für den in unserer Lage sinnvollen Weg. Und natürlich weiß ich auch, welche grundsätzlichen Erwägungen dagegen sprechen. Es ist eine Besteuerung der Substanz. Eine Ertragsbesteuerung wäre gerechter und sozialer. Das sehe ich auch so. Nur liegt eine Erhöhung der Ertragssteuern nicht im Ermessen der Kommunen, und nach meiner persönlichen Einschätzung schwimmt die Bundespolitik auf einer entgegengesetzten *Welle*. Natürlich habe ich Sorgen: zum Beispiel um Betriebe, die ja auch zur Grundsteuer B veranlagt werden. Betriebe, die zur Zeit gerade am Rand der Existenz agieren, werden möglicher Weise hart getroffen. Natürlich habe ich Sorgen um die Familien, die sich voller Freude unter Ausnutzung aller möglichen Einnahmen Wohneigentum leisten, und nun von diesen Mehrkosten empfindlich getroffen werden.

Ich sehe das alles. Aber wenn wir die Probleme heute nicht lösen, so schmerzhaft es auch sein mag, dann wird es für alle - für die Betriebe und für die Besitzer von Eigentum - viel, viel teurer.

Dieser Schritt erfordert Mut. Die massive Verärgerung von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern ist vorhersehbar. Die Wellen werden hochschlagen. Es wird Protestbriefe hageln. Die WN wird sich vor den Zuschriften erzürnter Leser nicht retten können.

Aber ich muss es wiederholen:

- Die aktuelle Notlage ist nicht in Nottun hausgemacht.
- Kraftvolles Handeln unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt von kraftvollem Reden: Das eine bedeutet Bewegung, das andere bedeutet Stillstand.
- Der heute vorgeschlagene Schritt ist hart und schmerzhaft. Aber wenn wir mit der Operation warten, wird es noch schmerzhafter. Dann wird es Betriebe und Familien geben, die heute diesen Schritt verkraftet hätten, den Schritt morgen aber vielleicht nicht mehr verkraften können.

Zwei grundlegende Voraussetzungen allerdings müssen mit der Entscheidung fest und nachprüfbar verbunden werden:

- **Die Ausgabenpolitik der Kommune muss weiterhin sparsamst gestaltet werden** - also weiter im freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzept, mit der gleichen Strenge, die uns ein obligates Haushaltssicherungskonzept auferlegen würde.
- **Sobald es irgendwie möglich ist, muss der Hebesatz der Steuer wieder zurückgefahren werden.** Wir sind vermutlich die erste Kommune, die sich zu dem dramatischen Schritt einer massiven Erhöhung der Grundsteuer B entschließt - warum sollten wir nicht später auch die erste Gemeinde sein, welche die Grundsteuern wieder senkt?

Zukünftig werden Kommunalpolitiker bei Wahlen nicht mehr damit werben, welche Wohltaten sie den Bürgern haben zukommen lassen, sondern welche Ausgabendisziplin sie durchgehalten haben.

Gestatten Sie mir zwei Seitenbemerkungen zu Argumenten, welche ich in den letzten Tagen immer wieder gehört habe.

Argument 1: „Der Aufschwung steht doch kurz bevor. Warten wir doch lieber, bis die Steuerquellen wieder sprudeln, dann löst sich das Problem ganz von allein.“

Ich möchte niemandem seine Hoffnungen nehmen. Und, ehrlich gesagt: gerade in dieser Frage ließe ich mich nur zu gern eines Besseren belehren. Aber wir müssen doch einfach unsere Augen vor der Realität öffnen. Erst bei einem Wachstum von einigen Prozent ist beispielsweise eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und eine Reduzierung der Summe der Sozialleistungen möglich. Wo soll dieses Wachstum herkommen? Ich sehe Tarifabschlüsse mit Augenmaß und Zurückhaltung. Und deshalb sehe ich auch keine gestiegenen Einkommensteuerwerte. Von den linear durch die meisten Parteien abgelehnten Berliner Steuersenkungsplänen will ich gar nicht reden - auch diese würden der kommunalen Finanzausstattung einen weiteren Schlag versetzen.

Nebenbei: fragen Sie mal selbst, wenn Sie es nicht schon getan haben, was die Bürgerinnen und Bürger von Steuersenkungen in der gegenwärtigen Situationen halten. Sie werden nicht überrascht sein - Sie wissen es längst: die Bürgerinnen und Bürger halten in großer Mehrheit nichts von Steuersenkungen.

Argument 2: „Das Problem der kommunalen Finanzausstattung muss auf anderer Ebene gelöst werden.“

Wie wahr!

Wie zu vernehmen war, hat man eine Kommission gegründet. *Ich bin wirklich tief beeindruckt von diesem mutigen und markanten Schritt.*

Die Bundesländer erheben zwar ein paar Landessteuern, diese sind aber in ihrem Volumen nicht relevant und zum Teil auch in ihrer Zweckbestimmung nicht geeignet.

Die Lösung könnte also nur in einer bundesweit neu gestalteten Finanzausstattung der Städte und Gemeinden liegen. Wie soll das geschehen - in einer Situation, in welcher die Netto-Neuverschuldung des Bundes einen bisher nie dagewesenen Höhepunkt erreicht hat und in welcher, - siehe oben -, sogar noch über weitere Steuersenkungen nachgedacht wird?

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Souverän bei der Verabschiedung des Haushaltes ist dieser Gemeinderat.

Ich habe Ihnen mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf einen Weg aufgezeigt. Zugegeben, es ist ein dorniger Weg. **Aber es ist ein Weg.**

Ich habe nicht die Methode gewählt, Ihnen ein Defizit zu präsentieren und Sie dann mit der Lösung der Probleme allein zu lassen.

Es ist Aufgabe des Bürgermeisters, einen Weg zu zeigen.

Ein Weg an dessen Ende das Ziel steht, den Substanzverlust dieser Kommune zu beenden, die Handlungsfähigkeit zu bewahren, und endlich eine nachhaltige Mittelbewirtschaftung zu betreiben, welche die Landesgesetzgebung von uns fordert.

Ich erwarte von Ihnen, den verantwortlichen Entscheidungsträgern: Setzen Sie sich mit diesem Vorschlag auseinander. Und falls Sie mir auf diesem Weg nicht folgen können: Dann sind Sie in der Pflicht, durch entsprechende Anträge den Haushaltsplan so zu gestalten, dass er am Ende der Beratungen im Konsens mit breiter Mehrheit verabschiedet werden kann.

Ich kann mich nicht an einen Haushalt erinnern, welcher in einer derartig schwierigen Situation erstellt wurde.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei haben erneut Außerordentliches geleistet, um Ihnen heute diesen qualifizierten Entwurf vorzulegen. Am heutigen Abend gilt Ihnen, Herr Fallberg, und Ihren Kolleginnen und Kollegen unser aller Dank für diese Leistung!